

Higher Education Management and Policy: Volume 16 Issue 1

Summary in German

Hochschulmanagement und Hochschulpolitik: Band 16-1

Kurzfassung auf Deutsch (Übersetzung)

ANREIZE UND RECHENSCHAFTSPFLICHT: INSTRUMENTE DES WANDELS IM HOCHSCHULWESEN

von

Sir John Daniel
UNESCO

Der Autor hielt die Schlussrede anlässlich der am 18. 9. 2002 am Sitz der OECD in Paris abgehaltenen IMHE-Generalkonferenz zum Thema "Incentives and Accountability: Instruments of Change in Higher Education".

INSTITUTIONELLE AUTONOMIE VS. STAATLICHE KONTROLLE (DAS NEUE UNIVERSITÄTSGESETZ IN ÖSTERREICH)

von

Rudolf Neuhäuser
Universität Klagenfurt, Österreich

Nach langen Debatten verabschiedete die österreichische Regierung ein neues Universitätsgesetz, durch das die Hochschulen einen teilautonomen Status erhalten. Die Reform ist der einschneidendste Wandel im Hochschulsystem in den letzten 150 Jahren. Vorausgegangen war ihr eine ebenfalls maßgebliche Änderung im Status der Lehruniversität und des Lehrpersonals, da keine Neuaufnahmen mehr in den

Beamtenstatus erfolgen. Wesentliche Punkte in der Diskussion zwischen der Rektorenkonferenz, den Lehrstab- und Personalvertretungsinstanzen und dem Ministerium waren das Kräftegleichgewicht zwischen den Institutionen, außenstehenden Vertretern und dem Ministerium sowie das Ausmaß der vom Ministerium ausgeübten Kontrolle. Nach Ansicht der Institutionen misst das Gesetz Letzterem zu hohes Gewicht bei und lässt zu wenig Raum für Initiativen der Fakultäten und die Mitbestimmung in den zentralen Lenkungsausschüssen.

ANREIZE UND INSTITUTIONELLE ÄNDERUNGEN IM TERTIÄREN BILDUNGSSEKTOR

von

N.V. Varghese

Internationales Institut für Bildungsplanung, Frankreich

Die Bildungssysteme hängen weltweit nach wie vor stark von öffentlichen Finanzierungen ab. Im OECD-Raum stammen rund 80% der Ausgaben für tertiäre Bildung aus öffentlichen Mitteln; in Entwicklungsländern ist dieser Anteil sogar noch höher. Übereinstimmende Bemühungen trachten in mehreren Ländern danach, die Abhängigkeit von staatlichen Haushaltsmitteln zu reduzieren und stärker marktorientierte Reformen durchzuführen. Das erfordert auch Anpassungen des makropolitischen Rahmens, um institutionelle Veränderungen herbeizuführen, die entweder durch Vorschriften oder durch Belohnungen/Anreize bewirkt werden können. Im ersten Fall wird ein bestimmtes institutionelles Verhalten mit Androhung von Sanktionen bei Nichteinhaltung vorgeschrieben. Belohnungen hingegen bieten Anreize und motivieren zu Änderungen. Belohnungen und Anreize wirken dann, wenn politisch eine Wahl bezüglich Verhaltensänderungen im institutionellen Bereich geboten wird. Die Motivation zur Verhaltensänderung hängt vom abverlangten Niveau der zu erbringenden Leistung und der erwarteten Belohnung bei Erfüllung des Auftrags ab. Vorschriften greifen meist besser, wenn Institutionen ums Überleben kämpfen, Anreize und Belohnungen sind hingegen vorzuziehen, wenn Institutionen nach neuem Aufschwung und Wachstum streben. Viele Länder greifen heute zur Bewirkung von Veränderungen im tertiären Bildungssektor zu Anreizen bzw. Belohnungen. Thema dieses Beitrags ist das über Anreize bewirkte institutionelle Änderungspotenzial.

LEISTUNGSINDIKATOREN: RECHENSCHAFTSPFLICHT – WEM GEGENÜBER?

von

**Michael Conlon
Kanadische Studentenvereinigung, Kanada**

Der Autor untersucht in seinem Beitrag die Umsetzung der wichtigsten Leistungsindikatoren in den tertiären Bildungseinrichtungen Kanadas. Er betrachtet sie vom Standpunkt der Studierenden aus, insbesondere hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Bildungsqualität und das Bildungsangebot. Die wichtigsten Leistungsindikatoren (key performance indicators, KPI) werden in Kanada von den zehn Provinzregierungen festgelegt. Im Rahmen der Einführung der KPIs wurden institutionelle Leistungen unterschiedlicher Art jeweils als Voraussetzung für Betriebsfinanzierungen und Zuwendungen für Investitionsausgaben vorgeschrieben.

In einer vergleichenden Analyse wird an Hand der drei Provinzen, Ontario, Alberta und British Columbia, geprüft, wie gewisse Kriterien mit der Einführung von KPIs an Bedeutung gewinnen.

Gegenstand der Untersuchung sind jeweils die komplexen politischen und institutionellen Beziehungen, die von der Einführung von KPIs betroffen sind. Die Vergleiche geben Hinweise auf beste Verfahrensweisen und sind auch insofern lehrreich, als sie zeigen, wo und wie schnell bereits das Konzept der Rechenschaftspflicht an sich zum umstrittenen Politikum wird.

Schließlich umfasst der Beitrag aus Sicht der Studierenden proaktive politische Anregungen über die bei der Erstellung von KPIs heranzuziehenden Kriterien. Auf den Standpunkt der Studierenden wird im laufenden Dialog über Rechenschaftspflicht und das veränderte Profil der tertiären Bildung im Übrigen zu jedem Punkt immer wieder verwiesen.

UNIVERSALITÄT ODER SPEZIALISIERUNG?

von

**Christian Allies und Michel Troquet
École Polytechnique Universitaire de Lille
und École Polytechnique Universitaire de Marseille
Frankreich**

Die Globalisierung der Wirtschaft beginnt sich auch auf den Hochschulsektor auszuwirken. Angesichts dieses Drucks von außen bemühen sich die Institutionen immer mehr darum, sich durch Forschung einen internationalen Namen zu machen, als im eigenen Land ihren Ruf aufgrund der Qualität des Unterrichts zu halten.

Durch die Fokussierung auf die Forschung verlieren die französischen Universitäten, um ein Beispiel zu nennen, gegenüber anderen Hochschuleinrichtungen an Boden. Einer der Hauptgründe dafür ist der durch die Forschung bedingte Trend zur Spezialisierung, während der Markt zunehmend fachübergreifende Querschnittskompetenzen fordert.

Um zu prüfen, wie den gegensätzlichen Anforderungen der Gesellschaft begegnet werden kann, werden zwei Extremmodelle vorgestellt, eines, das die Rolle der Universitäten als Universalisten zu wahren versucht, und ein anderes, das von der Prämisse ausgeht, dass die Hochschulinstitute durch zunehmende Spezialisierung nach Weltklasse in der Forschung streben sollten. Dazwischen gibt es einen zwar schwierigen, für die Hochschulgemeinschaft jedoch außerordentlich bereichernden Mittelweg, für den es allerdings die Art des Hochschulmanagements zu überdenken gilt.

Der größte Fehler in jedem Änderungsprozess liegt darin, zu versuchen, die Rolle einzelner Personen mit der Aufgabe der Institutionen zu verwechseln. Die Universitäten können weiterhin alle Kräfte mobilisieren, die zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen; von einzelnen Personen kann hingegen nicht erwartet werden, dass sie alle das gleiche vielseitige Profil aufweisen. Das bedeutet, dass die Qualität der Universitäten in Zukunft von der Qualität und Lenkung der interpersonellen Beziehungen abhängen wird.

GESTALTTHEORIE NEU AUFGELEGT: SPINOFFS UND ASSESSMENT IN DER INTERNATIONALEN UNIVERSITÄREN ZUSAMMENARBEIT

von

Brian D. Denman
Universität Sydney, Australien

Die internationale Zusammenarbeit zwischen Universitäten unterliegt einem ständigen Wandel. Ihre Zukunft hängt von externen Einflussgrößen wie Globalisierung und Internationalisierung sowie politischen Entscheidungen ab. Viele internationale Hochschuleinrichtungen unterziehen derzeit ihre Programme und Initiativen einem so gründlichen Audit, dass die Kosteneffizienz solcher Qualitätskontrollmaßnahmen in Frage gestellt wird. Die Leitung der Institutionen hat oft mit Mutlosigkeit zu kämpfen und versucht ihr Bestes, um Hoffnung, Sinn und Potenzial aus internationalen Maßnahmen zu holen, die sich mehr durch ihre finanzielle Tragfähigkeit als durch Selbstlosigkeit auszeichnen. Auch wenn den aktuellen Daten nach zu schließen Bottom-top-Ansätze in der internationalen Zusammenarbeit mehr Aussicht auf Bestand haben, sind es meist Top-bottom-Weisungen, die den Kurs vorgeben. Auf Basis einer kürzlich aktualisierten Fachstudie prüft dieser Beitrag herausragende Programme und Initiativen, die es ohne das Engagement und die Förderung internationaler Hochschulkooperationen durch bestimmte politische Entscheidungsträger nicht geben würde. In diesem Sinne erfolgt eine neue Beleuchtung der Wertheimer Gestalt-Theorie.

KORRUPTION IM HOCHSCHULSEKTOR: FESTSTELLUNGEN AUS DEN STAATEN DER FRÜHEREN SOWJETUNION

von

**Paul Temple und Georgy Petrov
Institute of Education, Universität London, Vereinigtes Königreich**

Viele Beobachter haben von weit verbreiteter Korruption in der tertiären Bildung in den Staaten der früheren Sowjetunion berichtet. Es liegen jedoch nur wenige empirische Daten vor. Dieser Artikel untersucht einige theoretische Ansätze über Korruption und unterbreitet im Lichte dieser theoretischen Prämissen einige, von den Autoren zusammengetragene, empirische Daten aus Russland und Aserbaidschan über die Korruption im Hochschulsektor. Trotz der gemeinsamen politischen Geschichte beider Staaten scheint sich die Art der Korruption in der tertiären Bildung in den beiden Staaten voneinander zu unterscheiden. Den Autoren zufolge ist die Sozialkapitaltheorie ein hilfreiches Instrument, um die Unterschiede im Grad der Korruption zu erklären. Sie lässt auch vermuten, dass sich Korruption nicht nur durch rein technische Mittel (wie organisatorische Veränderungen) signifikant reduzieren lässt, sondern einen breiteren Ansatz zur Förderung einer stärkeren Zivilgesellschaft erfordert.

BREITERER ZUGANG ZUR TERTIÄREN BILDUNG IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH – HINTERFRAGUNG DES GEOGRAFISCHEN ANSATZES

von

**Bob Osborne, Universität Ulster
Ian Shuttleworth, Queen's University, Belfast, Vereinigtes Königreich**

Untersucht werden die politischen Maßnahmen zur Förderung eines breiteren Zugangs zur Hochschulbildung im Vereinigten Königreich. Zu unterschiedlichen Neuentwicklungen kam es im Zusammenhang mit der Regionalisierung und Übertragung von Zuständigkeiten auf das Scottish Parliament und die Parlamentarischen Versammlungen von Wales und Nordirland. Der Artikel prüft die "Postleitzahlenprämie" (post-code premium), die basierend auf den Studierenden aus ärmeren Gebieten von den Finanzierungsstellen an Universitäten ausgezahlt werden. An Hand von Daten aus Nordirland dokumentiert der Artikel die aus einem "ökologischen Trugschluss" heraus entstehenden Hauptprobleme dieses Ansatzes und schließt überrascht mit der Feststellung, dass man sich anscheinend bei der Erstellung dieser Politiken wenig darüber im Klaren gewesen zu sein schien.

WACHSENDER FORSCHUNGSANTEIL – HERAUSFORDERUNGEN FÜR SPÄTENTWICKLER UND NEUEINSTEIGER

von

**Ellen Hazelkorn
Dublin Institute of Technology, Irland**

In allen OECD-Ländern befassen sich die Regierungen, Politiker und Universitätsverwaltungen mit der Zukunft der tertiären Bildung und stellen sich Fragen zur Rolle der universitären Forschung. Die Diskussion erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Produktion von Wissen und der Beitrag des Hochschulsektors zur Wirtschaft und zum Ansehen eines Landes das ehemals unschuldige Hochschulsystem rasch in einen Wettbewerbsmarkt verwandelt. Darüber hinaus erachten viele Staaten das derzeitige Finanzierungssystem und den aktuellen Aufbau als nicht länger tragbar. Soll die Finanzierung der Forschung gleichmäßig auf viele Einrichtungen verteilt werden oder ist es besser, dass sich nur wenige auf Forschung konzentrieren und die anderen auf die Lehr- und Fortbildungsaktivitäten? Während der Hochschulsektor im OECD-Raum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Zeichen der Massifizierung stand, ist es im frühen 21. Jahrhundert der zum Teil durch die institutionellen Forschungskapazitäten angeheizte Konkurrenzkampf. Diese Kräfte haben einen direkten Einfluss auf Organisation und Management der einzelnen Institutionen. Der Artikel betrachtet die spezifischen Herausforderungen neuer und wachsender Hochschuleinrichtungen, die ihren Forschungszweig 'auf dünnem Boden' entwickeln. Ihre Erfahrungen werfen dabei weitere Fragen sowohl für die Hochschulen selbst als auch für die Regierungen auf.

© OECD, 2004

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter www.oecd.org/bookshop/.

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die

OECD Rights and Translation unit,

Public Affairs and Communications Directorate.

E-Mail : rights@oecd.org

Fax: +33 1 45 24 13 91

Adresse: OECD Rights and Translation unit (PAC) 2, rue André-Pascal 75775
Paris cedex 16 France

